

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
— Erscheint wöchentlich
— Preis 1 Mark

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
— Erscheint wöchentlich
— Preis 1 Mark

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 238

Sonntag, den 11. Oktober 1931

26. Jahrgang

Das zweite Kabinett Brüning

Die Namensliste

- Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen: **Brüning**.
- Stellvertreter des Reichskanzlers u. Reichsfinanzminister: **Dietsch**.
- Reichswirtschaftsminister: **Warmbold**.
- Reichsarbeitsminister: **Stegerwald**.
- Reichswehr- und Reichsinnenminister: **Groener**.
- Reichsjustizminister: **Joel**.
- Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: **Schäkel**.
- Reichsverkehrsminister: **Trevisanus**.
- Reichspostminister: **Schäkel**.

Das erste Kabinett Brüning nur wenig verändert

Berlin, 9. Okt. Reichspräsident von Hindenburg hat heute Abend den Reichskanzler Dr. Brüning in seinem Amte als Reichskanzler bestätigt. Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident Reichsminister Dietrich als Reichsminister der Finanzen und Stellvertreter des Reichskanzlers, den Reichsminister Dr. h. c. Groener als Reichswehrminister, den Reichsminister Dr. h. c. Stegerwald als Reichsarbeitsminister, den Reichsminister Dr. Schäkel als Reichspostminister, den Reichsminister Dr. h. c. Schäkel als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestätigt und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen den Reichskanzler Brüning, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Innern den Reichswehrminister Dr. h. c. Groener beauftragt. Zum Reichswirtschaftsminister hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den preussischen Staatsminister a. D. Professor Warmbold, zum Reichsverkehrsminister den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Trevisanus und zum Reichsminister der Justiz den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Joel ernannt.

Reichspostminister Dr. Schäkel hat seine endgültige Erklärung über sein Verbleiben im Amte dem Reichspräsidenten gegenüber noch bis morgen vorbehalten.

Das bisher vom Reichsminister ohne Geschäftsbereich Trevisanus verwaltete Amt des Reichskommissars für die Offizelle wird anderweitig besetzt werden; die Entscheidung hierüber steht noch offen.

Der Reichspräsident an die scheidenden Minister

Berlin, 9. Okt. Der Reichspräsident hat heute den aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Reichsministern die Entlassungsurkunden mit persönlichen Begleitschreiben überreicht. Das an den bisherigen Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, gerichtete Schreiben hat nachstehenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister!
Ihrem Antrage auf Entbindung von dem Amte des Reichsministers des Auswärtigen habe ich in Würdigung der mir vorgetragenen Gründe mit dem anliegenden Erlasse entsprochen. Mehr als fünf Jahre haben Sie der Reichsregierung angehört und sowohl in dem Amte des Reichswirtschaftsministers als auch in dem des Reichsministers des Auswärtigen in pflichttreuer Arbeit Ihre ganze Kraft in den Dienst des Reiches gesetzt. Es ist mir daher bei Ihrem Scheiden aus der Reichsregierung besonderes Bedürfnis, Ihnen für die Dienste, die Sie während dieser schweren Jahre dem Vaterlande geleistet haben, namens des Reiches wie auch persönlich meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Mit diesem Danke verbinde ich meine besten Wünsche für Ihre weitere Arbeit wie für Ihr persönliches Wohlergehen und verbleibe mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener (gez.) von Hindenburg.“

Ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz an den Kanzler

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz an den Reichskanzler Dr. Brüning, das folgenden Inhalt hat: „Nach reichlicher Prüfung Ihres für mich so ehrenvollen Antrags, als Reichsjustizminister in die Reichsregierung einzutreten, muß ich Sie bitten, von der Weiterverfolgung dieses Gedankens abzusehen. Ich betone dabei ausdrücklich, daß ich persönlich besonders gern unter Ihrer Führung an den schweren Aufgaben der Gegenwart mitgearbeitet hätte. Meine sachliche, seit meinem Eintritt in die Politik ohne Schwanken festgehaltene Auffassung verlangt jedoch in diesem Augenblicke mehr als je die Heranziehung der in den Reichsparteien vorhandenen besten Kräfte des deutschen Volkes zu verantwortlicher Mitarbeit. In diese Mitarbeit, die

nach meiner ehrenlichen Ueberzeugung im Interesse des Vaterlandes notwendig ist, nicht gewährt, so bedauere ich, auch meine Mitwirkung an der Regierung nicht in Aussicht stellen zu können.“

Die Berliner Presse zum neuen Kabinett

Berlin, 10. Oktober. Die Zusammensetzung des in später Abendstunden ernannten zweiten Kabinetts Brüning wird in der heutigen Morgenpresse eingehend besprochen. Die „Germania“ bezeichnet es als erfreulich, daß das große Ansehen, das Reichskanzler Brüning sich in der Welt erworben habe, als wertvolles Aktium jetzt unmittelbar in die außenpolitische Geschäftsführung eingesetzt werden könne. Auch die Verbindung des Reichswehr- und Reichsinnenministeriums in der Hand Groeners werde man als die Vereinigung zweier wichtiger Funktionen der staatlichen Macht ebenso bewerten dürfen. Mit Nachdruck unterstreicht das Blatt, daß das Vertrauen des Reichspräsidenten unerschütterlich hinter dem Kabinett stehe. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, daß die neue Regierung am politischen Gesicht und an Autorität dem bisherigen Kabinett kaum überlegen sei, im Gegenteil spreche vieles dafür, daß ihr die erzwungene Demission und die ostentative Zurückhaltung von Persönlichkeiten mit Rang und Namen geschadet habe. Es werde sehr viel, wenn nicht alles darauf ankomme, ob der Kanzler auch in der nächsten Woche ebenso wie ehemals der Rückendeckung durch den Reichspräsidenten sicher sei. Die „Vossische Zeitung“ sagt ihr Urteil dahin zusammen, daß es nicht nur keine Rechtschwengung gegeben habe, sondern nicht einmal eine Halbrechtsdrehung. Der „Vossische Anzeiger“ spricht von einer „Rückführung“. Die „Rechtsernung“ sei mißglückt. Brüning habe nur die Wahl, entweder auf das Wirtschaftsprogramm verzichtet oder sich mit der Sozialdemokratie anlegen. Und auch diese Wahl habe er nur theoretisch. Denn es sei völlig unmöglich, daß auf die Durchführung eines Wirtschaftsprogramms verzichtet würde. Der „Tag“ schreibt, es bleibe beim alten Kurs, vor allem bei der unbedingten Rücknahme auf die sozialdemokratische Kontrolle. Schon daraus ergebe sich, daß die Haltung der nationalen Opposition gegenüber dieser Neuaufgabe des alten Kabinetts durch die Forderung bestimmt sei: Rücktritt einer Regierung, die kein Vertrauen im Lande genießt. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet das neue Kabinett als die „erwartete Halbheit“. Die von dieser heimatliche peinliche Verlegenheitslösung überraschte Öffentlichkeit werde in immer breiteren Schichten als bisher feststellen, daß Brüning nicht der Mann sei, in irgend einer Weise ganze Arbeit zu tun. Der „Wörter“ erklärt, daß man dem zweiten Kabinett Brüning skeptisch und kritisch gegenübersehen müsse. Das Wichtigste sei, ob es gelinge, den Generalangriff des Unternehmertums auf die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse abzuwehren. Das Blatt nennt die Vereinigung von Reichswehr- und Innenministerium in einer Hand nicht unbedeutlich für die Dinge. Ein General- und Kriegsminister, dem der Schutz der Verfassung übertragen werde, sei ein gefährliches Experiment. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ empfindet das zweite Kabinett Brüning als eine schwere Enttäuschung. Die jetzige Regierung sei kaum härter als die frühere, dafür aber zeichne sie sich durch viele ihrer Fehler aus. Der „Börsenkurier“ begrüßt ebenfalls das neue Kabinett, doch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Auswärtigen betraut worden ist. Die Betrauung Groeners mit dem Innenministerium bedeute eine entscheidende Uebernahme, die auch auf die Harzburger Tagung nicht ohne tiefen Eindruck bleiben könne. Die „Börsenzeitung“ spricht von einem Produkt der Entschlußlosigkeit und fragt, warum habe das erste Kabinett Brüning überhaupt demissioniert? Die Ueber-

nahme der Geschäfte des schwer kompromittierten Innenminister Curtius hätte der Reichskanzler auch mit weniger Geduld vortreiben können. Die „Deutsche Zeitung“ glaubt, daß das Ende des Systems Brüning auch durch die jetzige Umbildung der Regierung nicht vermieden werde. Dahinter stehe die nationale Opposition bereit, die Verantwortung zu übernehmen.

Hitler beim Reichspräsidenten

Berlin, 10. Oktober. Der Herr Reichspräsident empfing heute Herrn Adolf Hitler und Reichstagsabgeordneten Hauptmann a. D. Döring und nahm von ihnen einen ausführlichen Bericht über die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung entgegen. Hieran schloß sich eine Aussprache über innen- und außenpolitische Fragen. Um 11 Uhr, also noch mehr als einer Stunde Dauer war der Empfang Hitlers beendet. Während der Unterredung im Präsidentenpalais war die Menge vor dem Palais weiter stark angewachsen. Als Hitler erschien, wurde er mit anhaltenden Heulrufen von der Menge empfangen. Sein Auto und seine Begleitung fuhr in Richtung Wilhelmplatz davon. Die Menge zerstreute sich darauf, ohne daß es zu weiteren Kundgebungen kam.

Quationen für Hitler

Berlin, 10. Oktober. Der für heute vormittag angelegte Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten hatte bereits um 10 Uhr vormittags vor dem Reichspräsidentenpalais eine große Menschenmenge (wie sich später herausstellte, in der Mehrzahl Nationalsozialisten), angelockt, die von Minute zu Minute anwuchs. Die Polizei, die den Bürgersteig vor dem Palais für das Publikum gesperrt hielt, hatte auch in der Wilhelmstraße die zum Wilhelmplatz umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Sie ließ sich schließlich gezwungen, die gegenüberliegende Straßenseite durch eine starke Polizeikette und durch Gasse abzusperren. 11 Uhr erschien in einer Toge der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Döring, der sich längere Zeit im Palais aufhielt und dann wieder in einer Toge abfuhr. Hitler, der im Auto 12 Uhr vorfuhr, wurde mit förmlichen Heulrufen begrüßt, ohne daß es zu weiteren Kundgebungen kam, da er sofort im Reichspräsidentenpalais verschwand.

Harzburger Tagung

München, 9. Okt. Der „Börsenbeobachter“ fordert heute Reichstagsneuwahlen und schreibt in seinem Leitartikel „Entscheidungsvolle Tage“ u. a. die NSDAP. als der weitaus stärkste und entscheidende Machtfaktor im Ringen um ein neues Deutschland gehe nach Harzburg, um ihrem nationalsozialistischen Willen im Rahmen der dort vereinigten Opposition gegen das System Brüning zielweisenden Ausdruck zu geben und ihn zur stärksten politischen Auswirkung zu bringen. Wie die nationalsozialistische Bewegung im Kampf gegen das System immer und überall in vorderster Front stehe, so werde sie auch in dieser großen gemeinsamen Kundgebung der „nationalen Opposition“ in einer vielleicht schicksalentscheidenden Stunde den Stempel ihres Siegeswillens ausdrücken und die Marktrichtung angeben, die das ganze nationale Deutschland einzuschlagen bereit sei, um die Nation einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Der erste Eindruck des zweiten Kabinetts Brüning

Die Beurteilung der parlamentarischen Ansichten — Der Kanzler rechnet auf eine Mehrheit

In politischen Kreisen beschäftigt man sich jetzt schon lebhaft mit der Frage, ob das zweite Kabinett Brüning Aussicht hat, im Reichstag eine Mehrheit zu finden. Die Ansichten sind recht geteilt, der Kanzler selbst rechnet aber ziemlich sicher mit einer Mehrheit. In der Tat gilt als sicher, daß die Sozialdemokratie auch diesem Kabinett gegenüber ihre Isolierungspolitik fortsetzen wird. In Kreisen des Kabinetts rechnet man auch damit, daß sich die Gruppen der gemäßigten Rechten mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei, deren Parteivorstand übrigens heute Abend keine Beratungen forsetzte, dem Kabinett nicht verlassen werden und daß es auch gelingen wird, die Bedenken der Bayerischen Volkspartei aus der Welt zu räumen. Der Bayerischen Volkspartei, deren führende Vertreter ja auf dem Wege nach Berlin sind, wird es darauf ankommen, gewisse Sicherungen dafür zu erlangen, daß das neue Kabinett keine Reichsreformpläne verwirklicht, denen die Bayerische Volkspartei nicht zustimmen könnte, und daß insofern eine Korrektur gewisser Teile der letzten Kooperationsvereinbarung eintritt, als z. B. in der Frage der Gemeindefinanzierung den Ländern noch stärker entgegengekommen wird. Ueber die Verhandlungen mit den Vertretern der Bayerischen Volkspartei hinaus wird der Kanzler bis zum Zusammenritt des Reichstages sicher auch mit den übrigen parlamentarischen Gruppen noch Fühlung nehmen, um die Reichstagsession entsprechend vorzubereiten. Die Aussichten für das Kabinett werden gemäß nicht unwesentlich davon beeinflusst werden, daß Dr. Brüning sich eine Gewähr dafür geschaffen haben dürfte, daß im Falle einer Abstimmungsniederlage auch ein anderer Kanzler keine größeren Hoffnungen bekommen würde als er selbst. Es würde sich dann zeigen, ob auf anderer Basis, rechts oder links, eine parlamentarische Mehrheitsbildung möglich ist. Diese Frage läßt sich wohl schon heute verneinen. Schließlich würde dann also doch Brüning die Basis, die sein Kabinett getragen hat, als den stärksten Faktor wieder in den Vordergrund rücken. Das aber dürfte im Augenblick nur Eventualitätsüberlegungen sein, da der Kanzler doch stark darauf rechnet, sich im Reichstag durchzusetzen. Daß im übrigen auch in der jetzigen Zusammensetzung des Kabinetts im Laufe der Zeit noch Veränderungen vorgenommen werden können, wird auch in Regierungskreisen zugegeben. So dürfte z. B. die Betrauung Groeners auch mit dem Reichsinnenministerium nur ein Provisorium darstellen, dem in absehbarer Zeit, wenn das Kabinett die parlamentarischen Schwierigkeiten übersteht, eine endgültige Ablösung folgen wird. In politischen Kreisen wird übrigens auch darauf hingewiesen, daß das Zentrum fast der vier Minister im ersten Kabinett Brüning jetzt nur zwei Mitglieder im Kabinett hat, jedoch die Kräfteverteilung innerhalb der neuen Regierung also abgewogen ist. Wenn es dabei übrigens nicht gelingen ist, die Wirtschaft noch härter an das Kabinett heranzubringen, so ist das nach amtlichen Stellen, die der Regierung nahe stehen, nicht die Schuld des Kanzlers, der sich die größte Mühe gegeben hat, mehr hervorragende Männer der Wirtschaft für sein Kabinett zu gewinnen.